

MANDANTENDATEN

Name: _____
Vorname: _____
Geb.-Datum: _____ Geb.-Name: _____
Straße: _____
PLZ, Wohnort: _____
Festnetz: _____ Mobil: _____
E-Mail: _____

Angelegenheit:

Vorsteuerabzugsberechtigt: JA NEIN

Rechtsschutzversicherung:

Ja, bei der

(Name Ihrer Rechtsschutzversicherung)

Versicherungs-Nr.:

ggf. mitversichert über:

(Angabe des Versicherungsnehmers)

Nein, ich bin nicht rechtsschutzversichert

Bitte geben Sie uns Ihre Kontoverbindung an:

Name Ihrer Bank:

IBAN: _____ BIC: _____

Wie sind Sie auf uns aufmerksam geworden? (Angabe freiwillig)

Empfehlung durch Bekannte Internet _____

Telefonbuch Sonstiges

Mit Ihrer Unterschrift bestätigen Sie auch, unseren u.a. Hinweis zum Datenschutz zur Kenntnis genommen zu haben.

Mönchengladbach, (Datum) (Unterschrift)

Hinweis zum Datenschutz:

Für die Bearbeitung Ihres Anliegens ist die Erfassung der v.g. Kontaktdaten erforderlich. Diese Kontaktdaten werden in unserem Bearbeitungssystem gespeichert. Die Vertraulichkeit und Integrität Ihrer persönlichen Angaben ist uns ein besonderes Anliegen. Wir verarbeiten und nutzen die von Ihnen angegebenen personenbezogenen Daten nur für die Kontaktaufnahme und für die Bearbeitung Ihres Anliegens. Eine Weitergabe an Dritte erfolgt nicht.

Weitere Informationen zum Thema Datenschutz erhalten Sie auch auf unserer Webseite www.abc-rae.de

Soweit Zustellungen statt an den Bevollmächtigten auch an die Partei unmittelbar zulässig sind (z.B. § 16 FGG, § 8 VwZG), bitte ich diese nur an meinen Bevollmächtigten zu bewirken.



Anwaltskanzlei
Baumbach et Collegae

VOLLMACHT

Rechtsanwalt **Hans-Joachim Baumbach, Kaldenkirchener Straße 3, 41063 Mönchengladbach**

wird hiermit in Sachen

wegen

sowohl Prozessvollmacht gemäß §§ 78, 81 ff. ZPO, §§ 302, 374 StPO, § 67 VwGO und § 73 SGG als auch Vollmacht zur außergerichtlichen Vertretung erteilt. Diese Vollmacht erstreckt sich insbesondere auf folgende Befugnisse:

1. Vertretung vor den Arbeitsgerichten.
2. Vertretung vor den Familiengerichten gemäß § 78 ZPO sowie Abschluß von Vereinbarungen über Scheidungsfolgen und Stellung von Anträgen auf Erteilung von Renten- und sonstigen Versorgungsauskünften.
3. Beseitigung des Rechtsstreits durch Vergleich, Verzicht oder Anerkenntnis sowie Besprechungen mit dem Gegner bzw. dessen Bevollmächtigten oder Dritten.
4. Empfangnahme und Freigabe von Geld, Wertsachen, Urkunden und Sicherheiten, insbesondere des Streitgegenstandes, von Kautionen, Entschädigungen und vom Gegner, von der Justizkasse oder anderen Stellen zu erstattenden Kosten und notwendigen Auslagen.
5. Übertragung der Vollmacht ganz oder teilweise auf andere.
6. Entgegennahme von Zustellungen und sonstigen Mitteilungen, Einlegung und Rücknahme von Rechtsmitteln, sowie Verzicht auf solche, Erhebung und Rücknahme von Widerklagen – auch in Ehesachen.
7. Entschädigungsanträge nach dem Gesetz über die Entschädigung für Strafverfolgungsmaßnahmen (StrEG) zu stellen.
8. Strafanträge zu stellen und zurückzunehmen sowie die Zustellung gemäß §§ 153 und 153 a StPO zu erteilen.
9. Vertretung vor den Verwaltungsgerichten und Sozialgerichten sowie in deren Vorverfahren.
10. Verteidigung und Vertretung in Bußgeldsachen und Strafsachen in allen Instanzen, auch für den Fall der Abwesenheit sowie auch als Nebenkläger. Vertretung gemäß § 411 Abs. 2 StPO mit ausdrücklicher Ermächtigung gemäß § 233 Abs. 1 StPO, Vertretung in sämtlichen Strafvollzugsangelegenheiten.
11. Vertretung im Insolvenzverfahren über das Vermögen des Gegners und in Freigabeprozessen sowie als Nebenintervenient und Vertretung in außergerichtlichen Schuldenbereinigungsverfahren und im gerichtlichen Insolvenzverfahren über das eigene Vermögen.
12. Alle Nebenverfahren, zum Beispiel Arrest und einstweilige Verfügung, Kostenfestsetzung, Zwangsvollstreckung einschließlich der aus ihr erwachsenden besonderen Verfahren, Zwangsversteigerung und Zwangsverwaltung und Hinterlegungsverfahren.
13. Abgabe und Entgegennahme von Willenserklärungen und Vornahme einseitiger Rechtsgeschäfte, insbesondere Begründung und Aufhebung von Vertragsverhältnissen.
14. Geltendmachung von Ansprüchen gegen Schädiger, Fahrzeughalter und deren Versicherer und Akteneinsicht.

(Ort, Datum)

X

(Unterschrift)

Gesonderte Belehrung nach § 12 a ArbGG für Arbeitsgerichtsverfahren

Im Urteilsverfahren des ersten Rechtszuges besteht kein Anspruch der obsiegenden Partei auf Entschädigung wegen Zeitversäumnis und auf Erstattung der Kosten für die Zuziehung eines Prozessbevollmächtigten oder Beistandes.

Mandatsbedingungen, Widerrufserklärung/-fristen, Datenschutz

Die Rechtsanwaltskanzlei Baumbach et Collegae wird von mir ausdrücklich aufgefordert, mit der Vertretung sofort zu beginnen und eine eventuelle bestehende Widerrufsfrist nicht abzuwarten.

Ich bestätige hiermit, dass mir bekannt ist, dass bei vollständiger Leistungserbringung durch die Rechtsanwaltskanzlei Baumbach et Collegae auch vor Ende der Widerrufsfrist das Widerrufsrecht erlischt.

Die beiliegenden Mandatsbedingungen, sowie die Widerrufsbelehrung bei außerhalb von Geschäftsräumen geschlossenen Verträgen und Fernabsatz habe ich erhalten und gesondert unterzeichnet. Die beiliegende Datenschutzerklärung habe ich zur Kenntnis genommen.

(Ort, Datum)

X

(Unterschrift)

Mandatsbedingungen:

- a) Der Anwaltsvertrag kommt, sofern nicht bereits geschehen, durch Aufnahme der anwaltlichen Tätigkeit zustande, ohne daß es einer besonderen Aufnahmeerklärung bedarf (§ 151 Satz 1 BGB).
- b) Bei der Auftragserteilung ist auf Anforderung ein angemessener Kostenvorschuß zu entrichten (§ 9 RVG), der nach Rechnungserhalt fällig ist. Die Mandatsbearbeitung ist von dem Eingang des angeforderten Vorschusses abhängig. Dem Mandanten ist bekannt, daß er die Kosten des Mandates trägt, falls keine Deckungszusage durch eine Rechtsschutzversicherung erfolgt, die alle Kosten abdeckt. Mehrere Auftraggeber haften als Gesamtschuldner.
- c) Die Haftung wird für Fälle leichter Fahrlässigkeit auf einen Höchstbetrag von € 255.645,94 für ein Schadensereignis beschränkt. Unberührt bleibt die Haftung des Beauftragten Rechtsanwaltes oder seiner Erfüllungsgehilfen für Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit. Der Auftraggeber wird darauf hingewiesen, daß die Möglichkeit besteht, eine auf die Mandatserteilung beschränkte Versicherung mit einer frei zu vereinbarenden Haftungssumme abzuschließen, deren Kosten er dann aber neben den ansonsten geschuldeten Honoraren zu tragen hätte.
- d) Dem Gegner gegenüber bestehende Kostenerstattungsansprüche sowie die gegen diesen geltend gemachten Forderungen des Auftraggebers werden in Höhe der Kosten- und Gebührenansprüche des beauftragten Anwaltes an diesen abgetreten, mit der Ermächtigung, die Abtretung im Namen des Auftraggebers dem Zahlungspflichtigen mitzuteilen. Entsprechendes gilt für Erstattungsansprüche gegen die Staatskasse oder Rechtsschutzversicherungen. Von den Beschränkungen des § 181 BGB ist der Bevollmächtigte befreit.
- e) Zur Einlegung von Rechtsmitteln und Rechtsbehelfen ist der Rechtsanwalt nur dann verpflichtet, wenn er einen darauf gerichteten ausdrücklichen Auftrag erhalten und angenommen hat.
- f) Die Rechtsanwälte werden ermächtigt, auf Kosten des Auftraggebers nach eigenem Ermessen Fotokopien anzufertigen sowie erforderliche Auskünfte (wie zum Beispiel Anschriftenermittlungen, Registerauskünfte) einzuholen.
- g) Fernmündliche Auskünfte und Erklärungen des Rechtsanwaltes und seiner Erfüllungsgehilfen sind nur mit schriftlicher Bestätigung verbindlich.
- h) Der Auftraggeber erklärt sein Einverständnis, daß persönliche Daten elektronisch gespeichert (§ 33 BDSG) werden.
- i) Der Auftraggeber ist einverstanden, daß ihm Informationen und Schriftsätze im Zusammenhang mit diesem Mandat per E-Mail über die Server des World Wide Web von der Rechtsanwaltskanzlei Baumbach et Collegae zugestellt werden.
- j) Die Verpflichtung der Kanzlei zur Aufbewahrung und Herausgabe von Handakten erlischt drei Jahre nach Beendigung des Mandates. Die Vorschrift des § 50 II 2 BRAO, die ein früheres Erlöschen dieser Verpflichtung regelt, bleibt unberührt.
- k) Sämtliche Ansprüche gegen die Kanzlei bzw. den beauftragten Rechtsanwalt verjähren drei Jahre von dem Zeitpunkt an, in dem der Anspruch entstanden ist, spätestens jedoch drei Jahre nach Auftragsbeendigung, sofern nicht eine kürzere gesetzliche Verjährungsfrist gilt.

X

(Ort, Datum)

(Unterschrift)

Widerrufsbelehrung für außerhalb von Geschäftsräumen geschlossene Verträge (AVG) und Fernabsatzverträge

Wenn Sie als Verbraucher handeln, gilt für Sie folgendes

Widerrufsrecht

Sie haben das Recht, binnen vierzehn Tagen ohne Angaben von Gründen diesen Vertrag zu widerrufen. Die Widerrufsfrist beträgt vierzehn Tage ab dem Tag des Vertragsabschlusses.

Um Ihr Widerrufsrecht auszuüben, müssen Sie uns, an die

Anwaltskanzlei Baumbach et Collegae
Rechtsanwalt Hans-Joachim Baumbach
Kaldenkirchener Str. 3,
41063 Mönchengladbach

Telefon: +49 2161 9028875
Fax: +49 2161 9028874
Email: sekretariat@abc-rae.de

mittels einer eindeutigen Erklärung (zum Beispiel einem mit der Post versandten Brief, einem Telefax, einer E-Mail) über Ihren Entschluss, diesen Vertrag zu widerrufen, informieren.

Zur Wahrung der Widerrufsfrist reicht es aus, dass Sie die Mitteilung über die Ausübung Ihres Widerrufsrechts vor Ablauf der Widerrufsfrist absenden.

Folgen des Widerrufs

Wenn Sie diesen Vertrag widerrufen, haben wir Ihnen alle Zahlungen, die wir von Ihnen erhalten haben, einschließlich der Lieferkosten (mit Ausnahme der zusätzlichen Kosten, die sich darauf ergeben, dass Sie eine andere Art der Lieferung als die von uns angebotene, günstigste Standardlieferung gewählt haben), unverzüglich und spätestens binnen vierzehn Tagen ab dem Tag zurückzuzahlen, an dem die Mitteilung über Ihren Widerruf dieses Vertrags bei uns eingegangen ist. Für die Rückzahlung verwenden wir dasselbe Zahlungsmittel, das Sie bei der ursprünglichen Transaktion eingesetzt haben, es sei denn, mit Ihnen wurde ausdrücklich etwas anderes vereinbart; in keinem Fall werden Ihnen wegen dieser Rückzahlung Entgelte berechnet.

Haben Sie verlangt, dass die Dienstleistungen während der Widerrufsfrist beginnen sollen, so haben Sie uns einen angemessenen Betrag zu zahlen, der dem Anteil der bis zu dem Zeitpunkt, zu dem Sie uns von der Ausübung des Widerrufsrechts hinsichtlich dieses Vertrages unterrichten, bereits erbrachten Dienstleistungen im Vergleich zum Gesamtumfang der im Vertrag vorgesehenen Dienstleistungen entspricht.

X

(Ort, Datum)

(Unterschrift)

Information gem. Art. 14 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)

Ich informiere Sie nachstehend gem. Art. 14 DSGVO über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten.

1. Identität des Verantwortlichen

Rechtsanwalt
Hans-Joachim Baumbach
Kaldenkirchener Str. 3,
41063 Mönchengladbach

Telefon: +49 2161 9028875
Fax: +49 2161 9028874
E-Mail: sekretariat@abc-rae.de

2. Verarbeitungszwecke und Rechtsgrundlage

Die Datenverarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten erfolgt zum Zweck der Rechtsverfolgung im Rahmen des Mandats meiner Mandantschaft, im folgenden Auftraggeber genannt. Der von mir verfolgte Zweck der Datenverarbeitung ist die Mandatsbearbeitung oder die Beitreibung der offenen Forderung. Die Verarbeitung Ihrer Daten ist nach Art. 6 Abs. 1 b DSGVO für die Erfüllung eines Vertrages mit dem Auftraggeber erforderlich.

Darüber hinaus ist die Datenverarbeitung nach Art. 6 Abs. 1 f) DSGVO zur Wahrung meiner berechtigten Interessen oder der eines Dritten erforderlich. Mein berechtigtes Interesse besteht in der Durchsetzung der Rechte meines Auftraggebers.

3. Datenkategorien und Datenherkunft

Ich verarbeite nachfolgende Kategorien von Daten: Stammdaten, Kommunikationsdaten, Vertragsdaten, Forderungsdaten, Zahlungsinformationen, Insolvenzdaten sowie Angaben zu geleisteten Vermögensauskünften. Die Daten wurden mir vornehmlich von meinem Auftraggeber übermittelt.

Weitere mögliche Quellen können ggf. Auskunftsteilen, Außendienstle, Betreuer, Bevollmächtigte, Dienstleister, Drittschuldner, Einwohnermeldeämter, Gerichte, Gerichtsvollzieher, gesetzliche Vertreter, Gewerbeämter, Justizvollzugsanstalten, öffentlich zugängliche Informationsquellen und Rechtsanwälte sein.

4. Datenweitergabe

Im Rahmen der Forderungsbeitreibung werde ich Ihre Daten an meinen Auftraggeber und ggf. folgende Kategorien an Empfänger übermitteln, sofern dies zum Einzug der Forderung erforderlich ist: Abtretungsempfänger, Auskunftsteilen, Dienstleister, Drittschuldner, Einwohnermeldeämter, Gerichte, Gerichtsvollzieher, Rechtsanwälte.

5. Dauer der Speicherung

Die für die Forderungsbeitreibung von mir erhobenen personenbezogenen Daten werden bis zum Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungspflicht für Anwälte (6 Jahre nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem das Mandat beendet wurde,) gespeichert und danach gelöscht, es sei denn, dass wir nach Artikel 6 Abs. 1 S. 1 lit. c DSGVO aufgrund von steuer- und handelsrechtlichen Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten (aus HGB, StGB oder AO) zu einer längeren Speicherung verpflichtet sind.

6. Rechte der Betroffenen Person

Ihnen stehen bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen folgende Rechte nach Art. 15 bis 22 DS-GVO zu: Recht auf Auskunft, Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung, auf Datenübertragbarkeit.

7. Beschwerderecht bei der Aufsichtsbehörde

Sie haben gem. Art. 77 DS-GVO das Recht, sich bei der zuständigen Aufsichtsbehörde zu beschweren, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten nicht rechtmäßig erfolgt.